

1

ASP-Landesdelegiertenversammlung in Augsburg	25. Juli 2015
Leitantrag Für Frieden und Freiheit in Europa	Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: ASP-Landesvorstand	

2

3 **Die ASP-Landesdelegiertenversammlung möge folgenden Antrag beschließen:**

4 **Für Frieden und Freiheit in Europa**

5 Im Jahr des 100. Geburtstages von Franz Josef Strauß stehen wir vor einer Vielzahl von
6 Herausforderungen und Konflikten. Die außen- und sicherheitspolitische Maxime von Franz
7 Josef Strauß war das „Streben nach Sicherheit“. Sie war die Grundlage für das Bekenntnis
8 der CSU zur Mitgliedschaft im transatlantischen Bündnis und dem politischen Ziel für die
9 europäische Einigung in Frieden und Freiheit.

10 Die Strauß'schen Überlegungen sind 2015 aktueller denn je. Wir stehen in Europa und
11 unserer direkten Nachbarschaft vor den schwersten Krisen und Herausforderungen seit dem
12 Ende des Kalten Krieges: der anhaltende Konflikt zwischen der Ukraine und Russland um die
13 Ost-Ukraine, die dramatische Zunahme der Flüchtlingsströme nach Europa und die
14 Bedrohungen durch einen radikal-islamischen Terrorismus sowie politischen Extremismus).
15 Gleichzeitig zwingt uns die griechische Finanzkrise nach der künftigen Entwicklung der
16 Europäischen Union zu fragen und Perspektiven zu entwickeln. Des Weiteren müssen wir
17 auch die weltweiten geostrategischen Veränderungen, wie z.B. die Expansion Chinas im
18 Südchinesischen Meer und auf den Märkten in Afrika und Lateinamerika, kritisch
19 beobachten und gegebenenfalls reagieren. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass wir
20 mehr als 20 Jahre die „Friedensdividende“ nach dem Kalten Krieg abgeschöpft, aber keine
21 strategischen und institutionellen Vorkehrungen gegen die Bedrohungen des 21.
22 Jahrhunderts getroffen haben. Insbesondere gegenüber hybriden und asymmetrischen

23 Bedrohungen durch autoritäre Regime und nicht staatlichen Akteuren insbesondere religiös-
24 fanatischen Organisationen greifen die bisherigen Strategien nicht.

25 Die Bedrohung unseres demokratischen Gesellschaftsmodells ist real. Im gleichen Maße wie
26 Recht und Freiheit eingeschränkt oder zerstört werden, erwachsen Korruption und Gewalt,
27 Verfolgung und Menschenrechtsverletzung. Dieser Gefährdung der liberalen und
28 freiheitlichen Weltordnung müssen wir entschiedener entgegenreten.

29 Zur Bewusstseinsbildung und Definition unserer Interessen müssen wir den aktuell
30 laufenden Weißbuchprozess ebenso nutzen, wie auch die Erarbeitung eines neuen CSU-
31 Grundsatzprogrammes. Als ASP wollen wir Inhalte beisteuern und die Diskussionen zum
32 Grundsatzprogramm bereichern. In einer „aus den Fugen geratenen Welt“ müssen wir auf
33 der Grundlage christ-sozialer Außen- und Sicherheitspolitik, „Frieden und Freiheit in Europa
34 zu sichern“ nach neuen und auch nach unkonventionellen Lösungsansätzen Ausschau
35 halten.

36 **Europa-Griechenlandkrise**

37 Die langwierigen Verhandlungen mit Griechenland haben die Grenzen der Belastbarkeit der
38 Eurozone aufgezeigt. Die zuletzt getroffenen Vereinbarungen zwischen der Euro-Gruppe und
39 der griechischen Regierung können wieder Ruhe in den Euro-Raum bringen und die nun
40 anlaufenden Programme in geordnete Bahnen lenken.

41 Dabei ist zu berücksichtigen, dass die bestehenden Hilfsprogramme bereits jetzt dazu
42 führen, die immense Schuldenlast Griechenlands durch Aufschub von Tilgungs- und
43 Zinszahlungen erträglicher zu gestalten und aktuelle Belastungen durch den Schuldendienst
44 aufzufangen. Im Moment sind für Griechenland vielmehr Strukturreformen entscheidend,
45 die die Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen und dazu führen, dass die laufenden
46 Ausgaben des Staatshaushalts wieder in Einklang mit den Einnahmen gebracht werden.

47 Die Grundlage für die Reformen ist die Vereinbarung vom 12. Juli 2015. Mit den gemeinsam
48 verhandelten Reformmaßnahmen wird sichergestellt, dass die griechische Regierung in
49 Vorleistung treten und endlich Verantwortung für eine glaubwürdige und nachhaltige
50 Reformpolitik übernehmen muss. Die Euro-Gruppen Vereinbarung sieht dabei u.a. vor, dass
51 der Internationale Währungsfond (IWF) weiter an den Verhandlungen beteiligt bleibt, ein
52 Treuhandfond für griechisches Staatsvermögen aufgelegt, eine Mehrwertsteuerreform
53 umgesetzt, der Arbeitsmarkt flexibilisiert und der Energiesektor liberalisiert wird.

54 Unter dem Strich bleibt festzuhalten, dass es keinen nominalen Schuldenschnitt geben wird.

55 Am Ende der jetzt beginnenden Verhandlungen müssen die vereinbarten Voraussetzungen
56 hundertprozentig erfüllt werden, um Griechenland weitere finanzielle Unterstützungen zu
57 gewähren. Für die CSU gilt dabei als Verhandlungsmaxime das Prinzip Konditionalität der
58 Hilfen: **Solidarität nur gegen Solidität.**

59 Die griechische Regierung hat insgesamt durch ihr widersprüchliches Handeln in den
60 vergangenen Monaten viel Vertrauen zerstört. Sie ist jetzt in der Pflicht, verlorenes
61 Vertrauen durch die Umsetzung der mit der Euro-Gruppe vereinbarten Reformschritte
62 wieder aufzubauen.

63 Darüber hinaus sollte die Euro-Gruppe ihre Rechts- und Verfahrensordnung dahingehend
64 ändern, dass künftig die Möglichkeit für einen geordneten Austritt aus der Eurozone
65 rechtlich verankert wird.

66 **Weißbuchprozess 2016**

67 Damit Deutschland auch künftig seiner Verantwortung als Mitglied in der NATO, der
68 Europäischen Union und als Teil der westlichen Wertegemeinschaft gerecht werden kann,
69 bedarf es jetzt der Weichenstellung. Die vom ASP 2010 in der Positionierung zur
70 Bundeswehr und auf der Landesdelegiertenversammlung 2014 in Nürnberg geforderte
71 Neuauflage eines Weißbuches der deutschen Sicherheitspolitik, wurde von
72 Bundesverteidigungsministerin von der Leyen aufgegriffen und in Gang gesetzt. Mit dem
73 Weißbuchprozess wird ein wichtiger Schritt zur Modernisierung der deutschen Sicherheits-
74 und Verteidigungspolitik gemacht, den wir als ASP im Rahmen des parallellaufenden
75 Prozesses zur Erarbeitung eines neuen CSU-Grundsatzprogrammes konstruktiv begleiten
76 werden.

77 Der laufende Weißbuchprozess soll noch stärker in die Öffentlichkeit getragen werden, denn
78 es gilt jetzt einen gesellschaftlichen Grundkonsens über die außen- und
79 sicherheitspolitischen Interessen und über die Ausrichtung unseres Landes herzustellen.

80 Ein Schwerpunkt im Weißbuchprozess muss dabei auf die europäische Perspektive gelegt
81 werden. Während in der Vergangenheit vor allem das wirtschaftliche Interesse die
82 Triebfeder für die Europäische Integration war, so ist es heute die notwendige Kooperation
83 in allen Bereichen der Sicherheitspolitik. So können bspw. die erkannten Effizienzpotentiale
84 durch eine engere Zusammenarbeit in der Rüstungsbeschaffung integrierend wirken. Auch
85 die Kooperationen unter europäischen Armeen müssen bewusster und zielgerichteter
86 gefördert werden, da nicht mehr alle EU-Mitgliedstaaten über das volle Spektrum
87 militärischer Fähigkeiten verfügen. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Ansätze zur

88 qualitativen Weiterentwicklung der deutsch-französischen Brigade. Darüber hinaus sollte
89 das bereits bisher im CSU-Grundsatzprogramm verankerte Fernziel einer Europäischen
90 Armee beibehalten werden.

91 **Vernetzte Sicherheit**

92 Als Grundlage für die Ausformulierung einer künftigen deutschen Sicherheits- und
93 Verteidigungspolitik in Europa und der NATO muss das „Konzept der Vernetzten Sicherheit“
94 dienen. Als ein umfassender Ansatz beruht vernetzte Sicherheit darauf, dass sie neben den
95 klassischen Feldern der Außen-, Europa-, Verteidigungs-, Menschenrechts- und
96 Entwicklungspolitik auch die Innen-, Wirtschafts- und Energie-, Umwelt-, Finanz-, Forschungs-
97 und Bildungspolitik erfasst und zu einem breiten Instrumentarium vernetzt. Diese
98 Instrumentarien können dann im Zusammenwirken mit anderen Staaten, nichtstaatlichen
99 Akteuren und Organisationen wie den Vereinten Nationen, der NATO und der Europäischen
100 Union eingesetzt werden.

101 Die nach wie vor spürbare Distanz zwischen einzelnen Ressorts muss überwunden werden.
102 Als zwei Seiten einer Medaille ist es zwingend notwendig, dass sich Sicherheit und
103 Entwicklung ergänzen, um letztlich erfolgreich zu sein.

104 **Bundeswehr in der Öffentlichkeit**

105 Im starken demokratischen Gemeinwesen Deutschlands stehen die Streitkräfte mitten in
106 der Gesellschaft. Das von Bundespräsident Horst Köhler 2005 festgestellte „freundliche
107 Desinteresse“ gegenüber der Bundeswehr hat sich aber in den letzten 10 Jahren kaum
108 verändert. Als ASP wollen wir eine Initiative starten, um mehr sichtbare Präsenz in der
109 Öffentlichkeit und einen unverkrampften Umgang mit unserer Bundeswehr in der
110 Gesellschaft zu fördern. Die Bundeswehr ist ein ebenso wichtiger Akteur wie Polizei und
111 zivile Organisationen die wir stärker in unseren Alltag einbinden wollen.

112 Daher begrüßen wir Maßnahmen wie den 2015 durchgeführten Tag der Bundeswehr. Der
113 Tag der Bundeswehr muss ein festes Datum im Kalenderjahr erhalten. Auch öffentliche
114 Gelöbnisse haben einen festen Platz in unserer Gesellschaft, können aber noch
115 selbstbewusster beworben und gefördert werden. Ebenso würden wir begrüßen, dass in
116 Deutschland, nach britischem und belgischem Vorbild, die Reservisten an einem Tag im Jahr
117 in Uniform zur Arbeit gehen, um für das freiwillige Engagement in der Bundeswehr zu
118 werben.

119 Wir wollen den überfälligen Dialog über die Notwendigkeit und die Wertschätzung unserer
120 Bundeswehr in die Gesellschaft tragen. Dazu bedarf es neben dem politischen Impuls auch

121 der gezielten Einbindung der militärischen Führung der Bundeswehr in den Medien.
122 Zusätzlich können die positiven Erfahrungen aus dem Konzept der Jugendoffiziere für
123 Diskussionen in anderen gesellschaftspolitischen Zielgruppen übertragen werden.

124 **Budget für Bundeswehr erhöhen**

125 Der Verteidigungshaushalt wurde in der laufenden Legislaturperiode auf Initiative von CSU
126 und CDU bereits erhöht.. Die Erhöhung war richtig und wichtig, um noch rechtzeitig die bereits
127 schon nur noch eingeschränkte Handlungsfähigkeit unserer Bundeswehr zu stabilisieren. Im Hinblick
128 auf aktive Nachwuchsgewinnung und die zunehmende Verschlechterung der
129 internationalen Sicherheit ist es aber geboten die Mittel weiter zu erhöhen. Angesichts
130 neuer NATO-Verpflichtungen und steigender Personalkosten bleibt ein dringender Bedarf
131 nach zusätzlichen Haushaltsmitteln zur Investition in neue sowie in die kontinuierliche
132 Modernisierung bestehender Waffensysteme.

133 Ziel muss es sein, den Verteidigungshaushalt stufenweise so anzuheben, dass die mit der
134 NATO vereinbarten Verteidigungsausgaben in Höhe von 2 Prozent des Bundeshaushaltes in
135 5 Jahren und eine Investitionsquote von 20 Prozent für Rüstungsinvestitionen erreicht
136 werden können.

137 **Russland**

138 Russland ist der größte Nachbar der Europäischen Union. Die offiziellen Beziehungen
139 zwischen der Europäischen Union und Russland sind aber aktuell auf einem Tiefpunkt
140 angelangt.

141 Seit der Rede von Präsident Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 war
142 erkennbar, dass Russland bereit ist, seine Haltung gegenüber Europa und der NATO zu
143 verändern. Mit dem Georgien-Konflikt wurde dann das Signal gegeben, dass Russland bereit
144 ist seine außen- und sicherheitspolitischen Interessen auch militärisch zu erreichen. Aber
145 erst die gewaltsame Reaktion Russlands in der Ukraine hat das europäische
146 Sicherheitssystem erschüttert.

147 Die Annexion der Krim durch Russland ist und bleibt völkerrechtswidrig. Gleichzeitig setzt
148 Russland seine destabilisierende Einflussnahme im Osten der Ukraine fort. Das russische
149 Vorgehen verletzt zentrale Grundsätze der internationalen Ordnung und gefährdet bewusst
150 Frieden und Freiheit in Europa. Deshalb sind die von der Europäischen Union beschlossenen
151 Sanktionen auch weiterhin gültig und angemessen.

152 Zur Lösung des Konfliktes bedarf es neben dem sichtbaren Zeichen der engen
153 Sicherheitskooperation mit der Ukraine, insbesondere das Signal zu politischen Initiativen in
154 Richtung Russland. Denn letztlich kann es Sicherheit in Europa nur mit Russland geben.
155 Umgekehrt gilt auch für Russland, dass Sicherheit nur mit und nicht gegen Europa und den
156 Westen möglich ist. Darin liegt der Anknüpfungspunkt für eine neue Initiative für einen
157 neuen Dialog- und Entspannungsprozess mit Russland. Die Grundlage dafür ist die
158 Umsetzung der gemeinsamen Vereinbarung von Minsk.

159 Es liegt in unserem Interesse die Ukraine weiter zu unterstützen und künftig auch weiter in
160 das europäische Programm der Östlichen Partnerschaften einzubinden. Die Maßnahmen
161 können, was eine Annäherung an die Europäische Union und gute Beziehungen zu Russland
162 anbelangt allerdings kein Entweder-Oder sein. Nach unserer Auffassung ist mit dem
163 entsprechenden politischen Willen beides möglich.

164 **Flüchtlingspolitik**

165 Die Flüchtlingskrise ist eine große Herausforderung für die Europäische Union. Als Europäer
166 haben wir die Pflicht, Menschen die an Leib und Leben gefährdet sind, zu helfen und
167 gleichzeitig die besonders betroffenen Mitgliedstaaten, insbesondere die Mittelmeer
168 Anrainerstaaten zu unterstützen.

169 Zur Bewältigung dieser Krise bedarf es eines vernetzten Ansatzes, d.h. es müssen polizeiliche,
170 entwicklungs- und sicherheitspolitische wie auch diplomatische Akteure auf europäischer
171 und nationaler Ebene noch zielgerichteter und effizienter zusammenarbeiten.

172 In einem ganzheitlichen Ansatz zur Bewältigung der Flüchtlingskrise müssen verstärkt die
173 Ursachen für Flucht und Vertreibung sowie die organisierte Schleuser- und
174 Menschenhändlerkriminalität bekämpft werden. Dabei sollten internationale Expertise und
175 praxisnahe Erfahrung vor Ort effektiver verknüpft werden, um schnelle agieren zu können.
176 Es gilt nicht die Flüchtlinge oder Migranten zu bekämpfen.

177 Ein Element kann dabei die Zerstörung der von Menschenhändlern genutzten Infrastruktur
178 und insbesondere die Zerstörung der maroden Flüchtlingsboote sein. Diese Maßnahmen
179 sollten auch durch die an internationalen Sicherheitsoperationen beteiligten militärischen
180 Einheiten umgesetzt werden können. Insgesamt ist es notwendig, dass die europäische
181 Grenzschutzagentur FRONTEX finanziell und personell weiter gestärkt und alle
182 beschlossenen EU-Maßnahmen der EUNAVFOR zeitnah umgesetzt werden.

183 Des Weiteren bedarf es in Europa ein größeres Maß an Solidarität unter den
184 Mitgliedstaaten in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Derzeit werden 2/3 der Asylanträge in 4
185 Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien und Schweden) gestellt. Die Weigerung einiger EU-
186 Staaten, sich bei der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen angemessen zu beteiligen,
187 ist mehr als nur das Verweigern von Flüchtlingshilfe. Diese Haltung gefährdet das Prinzip
188 der solidarischen Lastenteilung unter den Mitgliedstaaten und damit letztlich die
189 europäischen Grundwerte in ihrer Gesamtheit.

190 Es bleibt aber festzuhalten, dass das bisher gültige Dublin-Abkommen zu Flüchtlingspolitik
191 nicht mehr den Realitäten entspricht. Heute bedarf es einer neu zu definierenden Quote zur
192 europaweiten Verteilung der Flüchtlinge. Dabei müssen die Faktoren wie wirtschaftliche
193 Leistungsfähigkeit des Landes, Einwohnerzahl und bereits aufgenommene Flüchtlinge
194 stärker berücksichtigt werden.

195 Das Recht auf Asyl wird denjenigen umfassend gewährt, die unter den von der Genfer
196 Flüchtlingskonvention definierten „Flüchtlingsbegriff“ fallen. Gleichzeitig darf es keine
197 gesellschaftlichen Denkverbote geben, wenn es darum geht, den Missbrauch des Asylrechts
198 zu bekämpfen. So müssen mehr Staaten als sichere Herkunftsländer definiert werden. Das
199 betrifft Länder, bei denen die Anerkennungsquoten der Asylanträge gegen Null gehen. Dazu
200 zählen nicht nur die Westbalkan-Länder Albanien, Kosovo und Montenegro, sondern auch
201 afrikanische Staaten.

202 **Entwicklungspolitik**

203 Die Flüchtlingswellen aus dem Nahen-Osten und aus Afrika sind eine humanitäre
204 Katastrophe. Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller hat sowohl mit der Afrika
205 Strategie, als auch der Asien Strategie wichtige Impulse für eine zielgerichtete
206 Entwicklungspolitik gesetzt.

207 Seit 2012 hat Deutschland bereits rund 975 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Es bedarf noch
208 zusätzlicher wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Anstrengungen in den Ländern
209 Nord- und Zentralafrikas und auch im Nahen Osten, damit die Ursachen für Flucht und
210 Vertreibung beseitigt, Maßnahmen zur Stabilisierung der Aufnahmeeregionen umgesetzt
211 und die Integration und Reintegration von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen gefördert
212 werden. Mit zielgerichteter Entwicklungsunterstützung vor Ort können neue Perspektiven
213 für ein selbstbestimmtes Leben geschaffen und gleichzeitig die Aufnahmegemeinden durch
214 Aufbau und Erhalt von Infrastruktur und Kapazitäten unterstützt werden.

215 **Cyber-Abwehr**

216 Das Thema „Sicherheit der digitalen Infrastruktur“ ist die zentrale Sicherheitsfrage des 21.
217 Jahrhunderts. Vielfach, wie im Fall der Spionagetätigkeit des Geheimdienstes NSA, wird die
218 Diskussion sehr emotional und losgelöst vom eigentlichen Bedrohungsszenario geführt.
219 Aber nicht zuletzt hat der Cyber-Angriff auf das Netz des Bundestages bestätigt, dass wir in
220 allen Bereichen unserer digitalen Infrastruktur verletzbar sind. Deutschland ist das
221 Zielobjekt von strukturierten Cyberattacken auf die Regierung, die Verwaltung und auch
222 besonders die Wirtschaft.

223 Cyberattacken können der Spionage dienen, aber auch der Sabotage. Die Zahlen über die
224 Bedrohung unserer Kommunikation und Datenverarbeitung haben dramatisch
225 zugenommen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) geht davon
226 aus, dass allein in Deutschland auf mehr als einer Million mit dem Internet verbundenen
227 Rechner unerkannte ferngesteuerte Programme ablaufen. Damit können diese Rechner
228 jederzeit für IT-Angriffe missbraucht werden, ohne dass ihr Betreiber es bemerkt.

229 Wir müssen handeln. IT-Sicherheit und Cyber-Defence müssen ins Zentrum von Forschung
230 und Strategie rücken. Das NATO Exzellenz-Zentrum in Tallinn wie auch eigene Kompetenzen
231 der Bundeswehr, des Verfassungsschutzes und des BSI sind deutlich auszubauen.